

13.11.2025
Pressemitteilung

Ergänzungsvorlage der Landesregierung zum Haushaltsplanentwurf 2026

Freie Wohlfahrtspflege begrüßt zusätzliche Mittel des Landes und betont: Die Landesregierung muss ihrer sozialen Verantwortung auch langfristig gerecht werden

Düsseldorf, 13.11.2025. Die Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen begrüßt die Entscheidung der NRW-Landesregierung, die Mittel für soziale Arbeit im Nachtragshaushalt um 28 Millionen Euro zu erhöhen. Diese Zuwächse sind ein wichtiges Signal der Anerkennung für die unverzichtbare Arbeit der sozialen Träger im Land.

„Die Erhöhung der Landesmittel ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein klares Bekenntnis zur Bedeutung der sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen“, erklärt Hartmut Krabs-Höhler, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen. „Die zusätzlichen 28 Millionen für die soziale Arbeit helfen, die dringendsten finanziellen Belastungen abzufedern und die Angebote in vielen Bereichen zu stabilisieren.“ Unter anderem sind mehr Mittel für die Obdach-, Wohnungslosen- und Suchthilfe, Armutsbekämpfung, Integrationsarbeit, Inklusion, Familienbildung und für den Schutz vor Gewalt für das kommende Jahr eingeplant.

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW sieht in der Entscheidung der Landesregierung ein positives Signal und zugleich den Auftrag, den begonnenen Dialog über die Zukunft der sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen. Denn die sozialen Herausforderungen im Land werden weiter wachsen. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege stehen angesichts steigender Kosten, Fachkräftemangels, wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmender Hilfsbedarfe vor großen Aufgaben.

„Die nun beschlossenen zusätzlichen Mittel schaffen wichtige Entlastungen, aber sie lösen die strukturellen Probleme noch nicht“, so Krabs-Höhler weiter. „Es braucht mehr als einen Schritt in die richtige Richtung. Um die soziale Infrastruktur in NRW langfristig zu sichern, braucht es eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung, die Planungssicherheit für die Träger schafft und den steigenden Anforderungen gerecht wird. Für die soziale Arbeit in NRW braucht es eine nachhaltige Finanzierung über das Jahr 2026 hinaus sowie eine dauerhafte strukturelle Absicherung“, betont Krabs-Höhler.